

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949**

53 (10.9.1949)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.63 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 10. September 1949

Nr. 53

## Um die Koalition

**Am Sonntag Abschluß der Beratungen**  
v.W. Bonn. Die Fraktionsführer der CDU/CSU, der Freien Demokraten und der Deutschen Partei haben am Freitag ihre Besprechungen über die Regierungsbildung fortgesetzt. Die Beratungen sollen am Sonntag abgeschlossen werden. Wie weiter verläuft soll der bayerische Staatsminister Dr. Pfeiffer zum Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten berufen werden.

Die CDU/CSU-Fraktion erörterte am Freitagvormittag unter Vorsitz von Dr. Adenauer erneut die Lage, die durch die überraschende Wahl Carl Arnolds zum Bundesratspräsidenten entstanden ist. Dr. Pfeiffer, der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, erklärte einem UP-Korrespondenten, es sei bedauerlich, daß man nicht eine Persönlichkeit zum Bundesratspräsidenten gewählt habe, die die Gewähr biete, daß der föderative Staatsgedanke wirksam vertreten werde. Dr. Adenauer traf außerdem mit dem Präsidenten des Bundesrats, Carl Arnold, zusammen.

Im Bundeshaus konferierte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher mit dem Vorsitzenden der bayerischen FDP Dr. Dehler. In der fast einstündigen Unterredung wurden — wie Dr. Schumacher anschließend erklärte — lediglich allgemeine politische Fragen erörtert. UP will jedoch erfahren haben, daß Dr. Dehler einen letzten Versuch unternommen haben soll, die Unterstützung der Sozialdemokraten für die Wahl von Prof. Heuß zum Bundespräsidenten zu sichern.

Der Präsident des Bundesrats Carl Arnold hat den Bundesrat für Montag zu seiner zweiten Sitzung einberufen. Am Nachmittag wird durch die Bundesversammlung der Bundespräsident gewählt werden. Am Dienstag soll eine gemeinsame Sitzung von Bundesrat und Bundestag stattfinden. In dieser Sitzung soll der am Tag vorher gewählte Bundespräsident vereidigt werden.

Der Geschäftsausschuß des Bundestages ist mit seiner Arbeit so weit fortgeschritten, daß er dem Bundestag in der nächsten Plenarsitzung den Entwurf einer Geschäftsordnung vorlegen kann, die sich im wesentlichen an die des früheren deutschen Reichstages anschließt. Die parlamentarische Kommission des Bundestages arbeitet zur Zeit einen Antrag zur Frage des Ruhrstatuts aus. Darin soll dem Bundestag vorgeschlagen werden, das Ruhrstatut abzulehnen. In einem zweiten Antrag wird der Regierung vorgeschlagen, die sofortige Einstellung der Demontagen zu beantragen. Die Deutsche Partei brachte einen Antrag auf Beendigung der Entnazifizierung ein. Auch die KPD dürfte Anträge stellen.

Die erste Arbeitssitzung des Bundestages wird auf Beschluß des Ältestenrates in der zweiten Hälfte der nächsten Woche stattfinden.

**Adenauer für einen vorläufigen Friedensvertrag mit den West-Alliierten**  
v.W. Bonn. Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Dr. Adenauer, hat

sich in einem Interview mit einem Vertreter der englischen Zeitung „Manchester Guardian“ für einen vorläufigen Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten eingesetzt. Der Neuaufbau Europas könne nur dann durch eine geeinte westeuropäische Front erfolgen. Wenn Deutschland auf einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion warten müsse, könne noch viel Zeit vergehen. Die Oder-Neiße-Linie sei unannehmbar.

Zu den Demontagen sagte Dr. Adenauer, er halte eine Revision der Demontagepolitik für äußerst wichtig. Er bedaure jedoch, daß diese Frage bei der feierlichen Eröffnung des Bundesrates erwähnt wurde.

### Reichsbahndefizit: 317 Mill. DM

Offenbach (VWD). Das Defizit der Betriebsrechnung der Deutschen Reichsbahn ist trotz schärfster Drosselung der Ausgaben bis zum 31. Juli 1949 auf den Betrag von 100,184 Mill. DM angestiegen, wie der Präsident der Deutschen Reichsbahn, Generaldirektor Dr. Busch, auf der ersten Sitzung des Reichsbahn-Beirates mitteilte.

## Abschluß in Straßburg

### Erklärung für Menschenrechte angenommen

**Erste Sitzungsperiode in Straßburg beendet**  
G.L. Straßburg. In Straßburg wurde Freitag früh nach 30tägiger Dauer die erste Sitzungsperiode der Europäischen Beratenden Versammlung mit der Annahme einer Erklärung der Menschenrechte abgeschlossen. Ein aus 28 Mitgliedern bestehender Arbeitsausschuß begann mit der Ausarbeitung der von der Versammlung angenommenen Resolution zur Vorlage an den Ministerausschuß.

In der Erklärung ist die Ausarbeitung einer Konvention vorgesehen, in der die grundlegenden persönlichen und politischen Freiheiten des Menschen festgesetzt werden. Es soll eine Schlichtungsstelle gebildet werden, vor die jeder Staatsbürger die Regierung seines Landes wegen Verletzung dieser Rechte zitieren kann. Wenn Schlichtungsversuche versagen, so wäre der Fall einem europäischen Gerichtshof zur Wahrung der Menschenrechte zuzuweisen.

Die erste Tagung der Beratenden Versammlung wurde mit einer Schlußansprache ihres Präsidenten Paul Henri Spaak, abgeschlossen, der seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß sich ein politisch geeintes Europa verwirklichen lasse.

Die Beratende Versammlung hat während ihrer vierwöchigen Arbeit eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum europäischen Zusammenschluß darstellen. Voraussetzung ist jedoch, daß sie vom Ministerausschuß, dem

### Neue Erklärungen Robertsons zur Demontage

H.J. Hannover. Der britische Hohe Kommissar für Deutschland, General Robertson, sprach in Hannover auf der Konferenz der Gewerkschaften der britischen Zone.

General Robertson wies mit aller Entschiedenheit die von deutscher Seite erhobene Beschuldigung zurück, die Alliierten, vor allem Großbritannien, handelten in der Demontagefrage nicht in „gutem Glauben“ und ließen sich von Interessen des wirtschaftlichen Wettbewerbs leiten. Anschuldigungen dieser Art hätten in Großbritannien und anderen Ländern große Entrüstung hervorgerufen und den Argwohn erweckt, daß eine Wiederbelebung des deutschen Nationalismus im Gange sei.

General Robertson erklärte weiter, die Gefahr, daß die Arbeitslosenziffer in Deutschland erheblich ansteige, bestehe, aber die Entwicklung hinge hier in erster Linie von dem allgemeinen Stand der Finanzen und von der Lage des Kreditwesens ab. Er sei überzeugt, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigen Mittel in Deutschland vorhanden seien, daß sie jedoch entweder überhaupt nicht dem Produktionsprozess dienstbar gemacht oder aber für Luxusverwendungen verwendet würden, die mehr den Interessen einzelner als denen der Gesamtheit dienen.

### VOM TAGE

**Kohlenbewirtschaftung voraussichtlich bis April.** Die Bewirtschaftung von Kohle wird voraussichtlich noch bis April nächsten Jahres bestehen bleiben. Die Bevölkerung ist aufgefordert worden, die aufgeführten Brennstoffe sofort abzuholen. Der Kohlenhandel habe aus technischen Gründen bereits Notverkäufe vornehmen müssen, weil die Zuteilungen in vielen Fällen nicht rechtzeitig abgeholt wurden.

**Umbenennungen bei der Eisenbahn.** Mit der deutschen Reichsbahn sind auch ihre Hauptdienststellen umbenannt worden. Die bisherige Reichsbahndirektion heißt in Zukunft „Eisenbahndirektion der Deutschen Bundesbahn“. Die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn führt jetzt die Bezeichnung „Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn“. Bei den Verkehrsämtern, Betriebsämtern, Ausbesserungswerken und dem Maschinenamt wurde der Ausdruck Reichsbahn durch die Bezeichnung „Eisenbahn“ ersetzt. (R)

**Antrag auf Sozialisierung.** Der deutsche Gewerkschaftsbund in der britischen Zone hat den Bundestag und den Bundesrat in einer Entschliebung aufgefordert, alle Grundstoffindustrien in Gemeineigentum überzuführen. Ferner wurde beschlossen, den deutschen Gewerkschaftsbund für die britische Zone Ende dieses Jahres aufzulösen. Am 1. Januar soll dann ein einheitlicher Gewerkschaftsbund für die gesamte Bundesrepublik gegründet werden. (R)

**Weiteres Belastungsmaterial gegen Manstein.** Im Manstein-Prozess in Hamburg legte der Anklagevertreter weiteres Belastungsmaterial vor. Manstein wird darin vorgeworfen, als Befehlshaber der 5. Armee seine Truppe zu brutalem Vorgehen gegen russische Staatsbürger jüdischer Konfession angehalten zu haben. Dies habe zur Folge gehabt, daß viele Juden in dem Gebiet seines Befehlsbereichs mißhandelt und getötet worden seien. (R)

einer geschickten britischen Propaganda als aus realer Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse. Nach einer sehr optimistischen Periode beginnt man sich in den USA wiederum eingehender mit den Gefahrenpunkten der amerikanischen Weltstellung zu beschäftigen und auf diesem Hintergrund gewinnt ein eventueller britischer Zusammenbruch ein besonders bedrohliches Gesicht.

**Wenn nicht bald Gegenmaßnahmen ergriffen werden, so erklärt man in Washington, so machen die Briten innerhalb der nächsten 6 bis 18 Monate Bankrott.**

Dies wäre gleichbedeutend mit dem Ende Großbritanniens als Großmacht und auch mit der Zerstörung der ganzen, mühsam aufgebauten westlichen Widerstandfront gegen die sowjetische Aggression. „Der weite Bogen der britischen Macht, der von Hongkong durch Asien und das Herz Europas bis zu den britischen Inseln reicht“ würde morsch werden und damit würden andererseits auch die Rufe nach politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen mit den Sowjets, die bereits bei der britischen Linken zu hören sind, lauter werden. Schon jetzt könnte man hören: „Unsere Wahl: Yankee-Bomber auf britischem Boden oder russischer Weizen in den britischen Magen!“

Es sei die mit der amerikanischen Macht verbundene britische Macht, die allen Plänen für die Verteidigung Westeuropas ihren Sinn gäbe. Das durch die Kürzung der Militärhilfe bereits geschwächte Vertrauen würde aber durch den Ausfall der britischen Macht völlig zerstört werden. Deshalb seien auch die Fachleute der Ansicht, daß es nach einem britischen Zusammenbruch höchstens zwei Jahre bis zum Ausbruch eines neuen Weltkriegs dauern würde. Denn die Russen würden die so geschaffene Lage ausnützen, um sich das übrige Europa einzuverleiben.

Auch die Lage in Asien wird, wie aus einem Aufsatz von Stewart Alsop hervorgeht, recht kritisch beurteilt. Wenn dort die Entwicklung länger dauern würde, müßte sie doch ebenfalls in einem Krieg enden, wenn sie unbegrenzt so weitergehen dürfte. Denn diese Entwicklung wachse sich zu dem Versuch aus, ein neues „größeres Ost-Asien“ zu schaffen, ein neues „Sowjet-Kontrollgebiet“ China sei bereits „gegangen“. Das nächste Ziel sei Südost-Asien, was auch Japans Ziel nach der Eroberung von China war. Und nach Südost-Asien sei das weitere Objekt Japan selbst. Wenn aber das japanische Industriepotential zu den großen Reichtümern und der dichten Bevölkerung von Südost-Asien und China hinzukomme und die ganzen Gebiete unter Sowjet-Kontrolle gerieten, werde damit ein weitreichender Umschwung im Gleichgewicht der Weltmächte Tatsache. Der Krieg mit Japan sei von den USA aber gerade deswegen ausgetragen worden, um einen derartigen Umschlag im Gleichgewicht der Kräfte zu verhindern.

Wenn in der amerikanischen Öffentlichkeit in derartiger realistischer Schärfe die Gefahrenpunkte der augenblicklichen Weltlage betont werden, so können daraus die Engländer wohl mit Recht ebenso rene Hoffnungen für die jetzigen Finanzberatungen in Washington ableiten. So viel scheint sicher: die USA werden einen britischen Bankrott in der jetzigen Situation nicht zulassen.

sie als Empfehlungen zugehen, angenommen werden. Abgelehnt wurden von der Versammlung die Anträge auf eine gemeinsame europäische Währung, auf eine europäische Zollunion und auf Schaffung einer hohen politischen Behörde, welcher jeder Staat einen Teil seiner Hoheitsrechte abtreten soll. Der politische und der wirtschaftliche Ausschuß der Beratenden Versammlung wurden jedoch ersucht, diese Probleme erneut zu überprüfen und bis zum 30. April nächsten Jahres entsprechende Berichte vorzulegen.

### USA lassen keine Benachteiligung ihrer Ausfuhr zu

#### Erste Schwierigkeiten bei den Washingtoner Besprechungen

Washington (NBC). Großbritannien sei entschlossen, sich aus seinen Einnahmen zu erhalten, hatte Sir Stafford Cripps bei der Eröffnung der Washingtoner Finanzverhandlungen erklärt. Die Brücke über den Abgrund der Dollarschwierigkeiten, so sagte der Minister weiter, müsse jedoch von beiden Seiten des Ozeans aus gebaut werden. Großbritannien sei bereit, die Produktionskosten so weit wie möglich zu kürzen und nehme auch einschneidende Einfuhrherabsetzungen vor. Bereits in der zweiten Sitzung zeigten sich sodann die ersten wesentlichen Gegensätze in den Auffassungen der britischen und amerikanischen Vertreter. Die USA lehnten nämlich einen britischen Vorschlag ab, das vertraglich festgesetzte Verbot der Benachteiligung amerikanischer Exporte zugunsten von Exporten aus dem Commonwealth oder Westeuropas aufzugeben. Die Vereinigten Staaten ließen jedoch die Möglichkeit offen, gegebenenfalls Ausnahmen anzuerkennen.

Präsident Truman hatte im Weißen Haus eine längere Unterredung mit den britischen Ministern. An den Beratungen nahmen auf amerikanischer Seite Außenminister Acheson und Finanzminister Snyder teil.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums dementierte Pressemitteilungen, daß Außenminister Bevin in Washington die Übernahme der britischen Besatzungskosten durch die USA vorschlagen wolle. Großbritannien werde seinen Anteil an den Besatzungskosten für Westdeutschland schon deshalb nicht weiter reduzieren, weil damit automatisch sein Einfluß auf die alliierte Besatzungspolitik vermindert würde.

### Besprechungen der vier Außenminister?

Washington (NBC). Hohe amerikanische Beamte rechnen mit der Möglichkeit inoffizieller Besprechungen der vier Außenminister während der nächsten UN-Vollversammlung. In Washington ist man der Ansicht, daß ein solches Treffen der Außenminister von der Entscheidung des sowjetischen Außenministers Wjatschinsky abhängt.

### Die weltpolitischen Gefahren eines britischen Bankrotts

**Nüchternere Überlegungen in der amerikanischen Öffentlichkeit**  
(L). — Nach einer in den westlichen Hauptstädten vertretenen Auffassung ist es den Briten gelungen, unter Hinweis auf die weltpolitische Lage für die jetzigen Finanzverhandlungen in Washington eine für sie günstige Stimmung zu schaffen. Tatsächlich wurden, je näher der Beginn der Beratungen heranrückte, in den USA mehr und mehr die weltpolitischen Konsequenzen eines möglichen britischen Finanz-Bankrotts in den Vordergrund gerückt. Aber dies geschah wohl weniger auf Grund

## Abbruch zwischen Prag und Vatikan

GFA. Rom. Wie im Vatikanseiner erklärt wird, habe die Tschechoslowakei durch die Verweigerung des Einreisevisums für den neuen Geschäftsträger der päpstlichen Nuntiatur in Prag praktisch ihre diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen. Die Tschechoslowakei war bisher das einzige osteuropäische Land, das noch in vollem Umfang gegenseitige Beziehungen mit dem Vatikan unterhielt.

Prag (R). Der Vatikan hat den römisch-katholischen Klerus in der Tschechoslowakei angewiesen, Loyalitätserklärungen für den tschechoslowakischen Staat nur dann zu unterschreiben, wenn diese von der Kirche ausgehen werden. Der Text für eine Loyalitätserklärung, die von den Geistlichen, falls gefordert, abgegeben werden kann, wurde von einem Sprecher der katholischen Kirche in Prag bekannt gegeben.

### Anleihe für Tito perfekt

New York (NBC). Amerika gewährt Jugoslawien eine Anleihe von 20 Millionen Dollar als erste Anleihe, die Marschall Tito seit seinem Bruch mit dem Kommunismus von einer der westlichen Mächte erhält. Die amerikanische Ein- und Ausfuhrbank gab bekannt, daß 12 Millionen Dollar sofort für Jugoslawien zum Ankauf von amerikanischer Gruben-ausrüstung bereitliegen. Dieser Teil der Anleihe ist innerhalb von 10 Jahren rückzahlbar und wird mit 3% Prozent verzinst. Die übrigen 8 Millionen Dollar werden bis spätestens Juni 1950 zum Ankauf amerikanischer Waren und für amerikanische Dienstleistungen bereitgestellt.

### Drohungen aus Sofia

Sofia (R). In Sofia nahm Marschall Bulganin an einer Sitzung teil, auf der Marschall Tito als der Wegbereiter für die britisch-amerikanischen Angriffsabsichten auf dem Balkan bezeichnet wurde. Der stellvertretende bulgarische Ministerpräsident Tschewenkov sagte, es müßte ein unerbittlicher Kampf gegen nationalistische Tendenzen und gegen Tito mit seinem Anhang geführt werden.

### Tausende von Kranken warten auf Gröning

H.Sch. Rosenheim. Tausende von Menschen warten seit Tagen vor dem Traberhof bei Rosenheim auf Bruno Gröning, der von einer Reise nach Norddeutschland zurück erwartet wird. Züge, Autos und Sonderautobusse bringen die Heilungsuchenden aus ganz Deutschland, auch aus der sowjetischen Besatzungszone. Die Menschenmassen hielten selbst im strömenden Regen in der Nacht aus und warten auch jetzt noch immer auf die Rückkehr Grönings. Für die Schwerkranken wurden inzwischen vier mit Notbetten ausgestattete Zelte des bayerischen Roten Kreuzes aufgeschlagen. Zwei Baracken werden außerdem aufgestellt. Dazu wurde die Rosenheimer Viehmarkthalle frei gemacht und mit Stroh ausgelegt. Die Wartesäle des Bahnhofes und zahlreiche Gaststätten sind überfüllt.

Von seiten des Rosenheimer Gesundheitsamtes wurde erklärt, es sei unverantwortlich, daß die Kranken von Stunde zu Stunde und von Tag zu Tag auf die Ankunft Grönings vertriebt werden. Außerdem weist man auf die Ansteckungsgefahr hin, die von den unter Umständen in der großen Menschenmenge befindlichen Lungenkranken ausgehen könnte.

Richard Strauß gestorben

H. Sch. München. Richard Strauß, dessen 85. Geburtstag vor wenigen Monaten von den Musikfreunden der ganzen Welt gefeiert wurde, ist am Donnerstagmorgen in seinem Garmisch-Partenkirchen Heim nach längerer Krankheit verschieden. Die sterblichen Überreste des großen Komponisten wurden am Freitag nachmittags nach München überführt. Die Bestattung findet am kommenden Montagvormittag um 11 Uhr im Krematorium des Ostfriedhofes statt.

An dieser Feierlichkeit, bei der auf Wunsch des Meisters das Terzett aus dem „Rosenkavalier“ erklingen wird, werden neben dem bayrischen Ministerpräsidenten zahlreiche Vertreter des öffentlichen und kulturellen Lebens teilnehmen. An Stelle von Kränzen hat der Komponist zwei Tage vor seinem Tode Spenden für alle und bedürftige Musiker erbitten.

Vor der Überführung nach München fand in der Villa Strauß eine schlichte Totenfeier statt. Aus dem In- und Ausland sind zahlreiche Beileidstelegramme eingegangen. Die Urne mit der Asche des verstorbenen Komponisten soll nicht auf dem Münchner Ostfriedhof, sondern im Garten seiner Garmisch-Partenkirchen Villa beigesetzt werden. Die Familie will diese Beisetzung nur im engsten Familien- und Freundeskreis vornehmen.

Nach dem Ableben Gerhard Hauptmanns und Hans Pfitzners verlieren wir mit Richard Strauß den letzten großen Repräsentanten deutscher Kultur — einer Kultur, die Weltgeltung besitzt. Ein glückhaftes, begnadetes Leben ging zu Ende.

Als der 24jährige mit seiner symphonischen Tondichtung „Don Juan“, dieser Apotheose der Sinnenlust, 1889 die Münchner in einen Begeisterungstauum versetzte, war die Epoche der Neu-Romantik überwunden und der Weg für die von Alexander Ritter inspirierte neudeutsche Richtung frei. Richard Strauß, der sich Alexander Ritter besonders verpflichtet fühlte, schrieb innerhalb der nächsten zehn Jahre die symphonischen Tondichtungen „Macbeth“, „Tod und Verklärung“, „Till Eulenspiegels lustige Streiche“, „Also sprach Zarathustra“, „Don Quichote“ und „Ein Heldenleben“ — Meisterwerke, die ihm Weitruhm einbrachten. Durch ungewöhnlich fein entwickelten Klangsinns, harmonische Kühnheit, meisterhafte Variationskunst und vollendet kontrapunktische Arbeit veredelt er die von Berlioz und Liszt übernommene Programm-Musik.

Einen Mißerfolg, den einzigen in seinem Schaffen, erlebt Strauß 1894 mit seiner Erklärungsoper „Guntram“, in der er sich dem Einfluß des von ihm hochverehrten Richard Wagner nicht entziehen konnte. Aber schon mit der Oper „Salome“ hat er den Einfluß Wagners überwunden. Der Zusammenarbeit mit Hugo von Hofmannsthal verdanken wir in rascher Folge geschaffene Opern: die düster-grandiose „Elektra“, zu deren Aufführung ein 122 Mann starkes Riesenorchester benötigt wird, den „Rosenkavalier“, sein bekanntestes Werk und die kammermusikalische Barock-Oper „Ariadne auf Naxos“, die in ihrer ersten Fassung mit Molières „Bürger als Edelmann“ verbunden war. Seine üppigste Musik verwendete Strauß in den Jahren des Weltkriegs an die symbolistische Märchenoper „Frau ohne Schatten“. Es entstehen 1928 „Die ägyptische Helena“ und 1933 „Arabell“. Seine letzten Opern „Daphne“ und die erst 1940 vollendete „Liebe der Danae“, die bis heute auf ihre Uraufführung wartet, behandeln antike Fabeln.

Als Herbert von Karajan auf den Salzburger Festspielen 1946 nach der Uraufführung der „Metamorphosen“, einer Studie für 23 Solostreicher, den Taktstock niederlegte, fühlte jeder, daß sich der Ring um ein Leben in Musik geschlossen hatte. Die „Metamorphosen“ sollten der Schwanengesang des großen Meisters werden.

Bremer Pressegesetz genehmigt. Das Bremer Pressegesetz ist von der amerikanischen Militärregierung genehmigt worden. Mit der Verkündung des Pressegesetzes werden auch für Bremen die bisherigen Lizenzbestimmungen für die Presse aufgehoben.

Münchener Kunstausstellung eröffnet. Die 1. große Münchener Kunstausstellung nach dem Kriege wurde im Ostflügel des „Hauses der Kunst“ in München eröffnet. Sie soll die Tradition der früheren Kunstausstellungen im Glaspalast fortsetzen. Die Ausstellung bleibt bis Mitte November geöffnet.

Laufende Rückkehrtransporte. Ein weiterer Transport mit 1764 Heimkehrern aus der Sowjet-Union traf in Frankfurt an der Oder ein. Die ehemaligen Kriegsgefangenen sollen am Samstag in ihre Heimatorte entlassen werden.

Wieder ein Taxifahrer-Mord in Hamburg. In Hamburg wurde am Freitag morgen ein Taxi-Fahrer erwürgt in seinem Wagen aufgefunden. Bereits Anfang dieser Woche wurde ein Hamburger Taxi-Fahrer auf die gleiche Weise ermordet. Von den Tätern fehlt jede Spur. Seit Mai dieses Jahres wurden bisher in Hamburg 7 Taxi-Fahrer auf ähnliche Weise ums Leben gebracht.

Zwei amerikanische Soldaten getötet. Bei den amerikanischen Herbstmanövern in Deutschland wurden zwei amerikanische Soldaten getötet. Einer der Soldaten wurde von einem Lastwagen überfahren. Er war in einem Gebüsch in Deckung gegangen und eingeschlafen. Dabei ist er überfahren worden. Ein weiterer Angehöriger der amerikanischen Armee wurde getötet als ein Mannschaftswagen umstürzte.

Polen erklärt Beistandspakt mit Jugoslawien außer Kraft. Die polnische Regierung hat Jugoslawien in einer Note vorgeworfen, in den polnischen Gebieten zu spionieren und dadurch den im März 1946 unterzeichneten Freundschafts- und Beistandspakt außer Kraft gesetzt zu haben.

Feuergefecht im Kongreß. Im Kongreß von Columbian kam es zu einem Feuergefecht zwischen liberalen und konservativen Abgeordneten. Dabei wurden über 50 Schüsse abgegeben. Ein Abgeordneter wurde getötet und vier verwundet. Der Streit entstand bei der Debatte über den Termin der nächsten Präsidentschaftswahl.

Um was geht es in Washington?

In dieser Woche begannen in Washington die offiziellen Verhandlungen des englischen Wirtschaftsministers Stafford Cripps mit dem amerikanischen Finanzministerium über die seit Wochen diskutierten Fragen der englischen Dollarkrise. In den politischen Kreisen der englischen und amerikanischen Hauptstadt ist man sich darüber klar, daß das Thema des englischen Dollardefizits nur an erster Stelle einer langen Tagesordnung steht, die sich durchaus nicht auf wirtschaftliche Themen beschränkt, sondern tief in die Struktur der politischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Europa einerseits und den USA andererseits eingreift. Es ist von symptomatischer Bedeutung, daß Sir Stafford Cripps in Wirklichkeit nur der Begleiter seines Außenministers Ernest Bevin ist und auch auf amerikanischer Seite das Außenministerium weitgehend in die Verhandlungen eingeschaltet wird.

Den Verhandlungen in Washington ist eine wochenlange Fehde zwischen der englischen und der amerikanischen Presse vorausgegangen. Anlaß zu diesem Streit der Zeitungen mögen zum Teil die Kritiken der amerikanischen Blätter am englischen Wirtschaftssystem und an dem angeblichen Versagen der englischen Regierung gegeben haben. In Amerika erinnert man daran, daß die USA seit der Beendigung der Pacht- und Leihlieferungen im Kriege etwa sieben Milliarden Dollar für den Wiederaufbau des vom Krieg in seinen wirtschaftlichen Grundlagen erschütterten England zur Verfügung gestellt haben. Trotzdem befindet sich England heute am Rande des Bankrotts. Die amerikanischen Wirtschaftler und Finanzleute schütteln den Kopf über so viel angelegliche Saumseligkeit. England kann demgegenüber eine genaue Rechnung aufstellen, wozu die wertvollen Dollars geflossen sind. Ein Drittel wurde für Lebensmittel verbraucht, 12 Prozent wurden ausgegeben für Nicht-Eisen-Metalle, um die britischen Industriefabriken zu ermöglichen, 10 Prozent kosteten die Brennstofflieferungen, die nicht zum kleinsten Teil für militärische Aufgaben notwendig waren. Für den Rest kaufte die englische Wirtschaft Baumwolle, Papier, Maschinen und Tabak.

Die englischen Wirtschaftler fühlen sich bei dieser peinlichen Rechnungslegung in einer Linie mit den Vertretern der anderen europäischen Nationen, die in diesen Wochen die unangenehme Aufgabe haben, dem amerikanischen ERP-Chef auseinanderzusetzen, warum die europäische Wirtschaft im ersten Jahr der Marshall-Hilfe nur ein Fünftel der amerikanischen Einfuhren aus eigenen Exporterlösen bezahlen kann. Das englische „Versagen“

hat die gleichen Ursachen wie die Unfähigkeit der europäischen Marshallplan-Staaten, das Soll einer mit amerikanischem Optimismus entworfenen Statistik zu erfüllen. Die Auseinandersetzungen zwischen Amerika und England zeigen, daß der Vorsprung der amerikanischen Wirtschaft vor ihrer europäischen Konkurrenz und die Verwirrung in Europa weit größer sind als man ursprünglich angenommen hat. Ein europäischer Export nach den USA ist solange eine Illusion, als die amerikanischen Importeure geneigt sind, die Einfuhren aus Europa unter einem Prozent des amerikanischen Nationaleinkommens zu halten.

Die USA sind in den letzten Jahren der Gläubiger der ganzen Welt und insbesondere Westeuropas geworden. Gleichzeitig aber lehnt Washington es ab, die traditionellen Aufgaben eines Weltgläubigers nach dem historischen Vorbild Englands im 19. Jahrhundert zu übernehmen, wenn es um die Wiederherstellung eines weltwirtschaftlichen Gleichgewichts geht. Dazu gehört vor allem, daß es bereit ist, seinen Schuldnern mindestens die gleiche Warenmenge abzunehmen, die es ihnen ständig liefert. In der amerikanischen Haltung zu den Grundfragen der europäischen Wirtschaftspolitik liegt in der Tat ein gewisser Widerspruch. Es ist die Absicht der USA, Westeuropa im politischen und militärischen Sinne zu stärken, weil Europa nach den Erfahrungen der beiden letzten Kriege lediglich ein vorgeschobener Posten des amerikanischen Verteidigungssystems ist. Der politischen und militärischen Stärkung muß aber die wirtschaftliche Wiederherstellung und Gesundung vorausgehen.

Die Überzeugung, daß es sich bei den Verhandlungen in Washington um mehr als um die Lösung der englischen Finanzkrise handelt, mag ein Grund dafür sein, daß die englischen Kommentatoren die Überzeugung durchblicken lassen, Amerika werde sich auf lange Sicht den englischen Wünschen gefügig zeigen. Die Ansicht, daß das eigentliche Thema in Washington „eine anglo-amerikanische Zusammenarbeit, eine solide Front gegen den Kommunismus und die Grundsteinlegung für eine gesunde wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ist, wird auch von den repräsentativen „New York Times“ ausgesprochen. Die Zeitung mahnt nicht ohne Grund ihre Landsleute zur Mäßigung und zum Verständnis der englischen und europäischen Probleme. Man darf deshalb erwarten, daß die Washingtoner Gespräche im letzten Ergebnis zu einer Revision der amerikanischen Europapolitik führen werden, ohne die alle bisherigen Rettungspläne der westlichen Welt zum Scheitern verurteilt sind. Fritz Bernhard.

Marschier die Rote Armee?

US-Beobachter meinen: Im Augenblick keine Angriffsabsichten der Sowjets

Für die Geheimdienste der Westmächte ist es nicht leicht, den Schleier der geschickten Tarnung, der über den politischen und militärischen Absichten der Sowjet-Union liegt, zu lüften. In einer Zeit, da sehr viel vom Frieden geredet, aber trotzdem eine kriegerische Eventualität nicht übersehen wird, ist es für sie eine lockende Aufgabe, den Operationen, den Plänen und Zielen nachzuspüren, die sich im riesigen Raum Rußlands abzeichnen und die Aufklärung geben können, ob der Kreml tatsächlich zum Kriege rüstet und ob die Rote Armee in Bälde marschieret. Die amerikanische Zeitschrift „US-News“ veröffentlichte vor kurzem einige interessante Beobachtungen, die amerikanischen, englischen und französischen Agenten auf geheimen Kanälen aus der Sowjet-Union zugegangen sind und die an Hand von Einzelheiten zum Ausdruck bringen, daß das Schwergewicht der militärischen Operationen Rußlands zur Zeit auf rein defensiven Maßnahmen beruhe und daß keine Anzeichen vorhanden seien, die auf Vorbereitungen für einen Angriffskrieg größeren Stils hinweisen. Man habe den Eindruck, daß die augenblickliche Aktivität der Sowjet-Union von jener politischen Absicht bestimmt werde, den in den letzten Jahren erlangenen Besitz an Raum und Menschen zu halten und zu sichern und ihn nicht bei einem riskanten kriegerischen Versuch nach weiteren Eroberungen zu gefährden oder ihn sogar zu verlieren.

Vier Millionen Mann unter Waffen

In Rußland stehen im Augenblick vier Millionen Mann unter Waffen, d. h. von 200 Russen tragen vier die Uniform der Roten Armee. 75% dieses stehenden Heeres sind Männer, die nach den bestehenden Gesetzen ihrer Militärpflicht genügen müssen, und nur 25% sind Berufssoldaten, Freiwillige. In der Sowjet-Union ist jeder Mann verpflichtet, zwei bis drei Jahre zu dienen; ein Jahrgang ist ungefähr 1 000 000 Mann stark. In den Vereinigten Staaten sind die Angehörigen der Streitkräfte meist Freiwillige. Die stehende Heere der mit Rußland verbündeten Satellitenstaaten Osteuropas zählen etwa eine Million Mann. Mit Ausnahme der „Bürgerkriegstruppen“ in China ist das russische Heer das größte der Welt, ein Prädikat, das sich dieser riesige Staat im Osten schon seit dem Jahre 1900 zu eigen gemacht hat. Die Streitkräfte in den Vereinigten Staaten sind zur Zeit 1 625 000 Mann stark.

Das sowjetische Landheer umfaßt drei Millionen Mann, aufgeteilt in sechs Armeen und nahezu 200 Divisionen. Die Hälfte davon trägt eine gute Ausrüstung und Bewaffnung. Die Aufstellung und der augenblickliche Einsatz dieser Soldaten erwecken allerdings nicht den Eindruck, als ob Rußland beabsichtige, einen Schlag gegen den Westen zu führen. Nur etwa 50 russische Divisionen sind in Ostdeutschland und in den unmittelbar angrenzenden Gebieten stationiert. Die Masse der russischen Landarmee liegt im europäischen Rußland zwischen Polen und dem Ural. Eine

große Anzahl dieser Einheiten ist zur Erfüllung nichtmilitärischer Aufgaben eingesetzt; sie bauen Häuser, Dämme, Straßen und dergleichen.

Die russische Marine ist — nach dem Urteil der westlichen Gewährsmänner — schwach, sehr schwach sogar im Vergleich mit den Kriegsschiffen der Vereinigten Staaten und Englands. Ein Flugzeugträger ist zur Zeit im Bau. Die russischen Schlagschiffe sind veraltet und die Anzahl der Kreuzer und Truppentransporter gering. Die einzige bemerkenswerte Stärke der russischen Kriegsmarine sind die Unterseeboote, von denen sie bereits 250 besitzt und weitere bauen läßt. Aber mit Unterseebooten kann man keinen Angriffskrieg führen.

Auch der Zustand der sowjetischen Luftstreitkräfte deutet mehr auf eine defensive als auf eine aggressive Absicht. Rußland ist stark in Jagdflugzeugen, aber schwach in Langstreckenbomben, d. h. es ist schlagkräftig in der Luftverteidigung, aber wenig wirksam im Angriff aus der Luft.

An erster Stelle: Schwere Panzer

Die Waffenproduktion in der Sowjet-Union läuft auf vollen Touren, aber es wird in erster Linie die Fabrikation von solchen Waffen bevorzugt, die einer großen Landarmee dienlich sind. Die Herstellung von Panzern steht dabei an erster Stelle; der schwere russische Panzer gilt immer noch als der beste in der Welt. Auch die Produktion von schweren und leichten Geschützen liegt hoch. Rußland bemüht sich angestrengt, den Vereinigten Staaten in der Herstellung von ferngesteuerten Geschossen und Raketen zu folgen. Am Ende des letzten Krieges fielen den Russen einige deutsche Fabriken in die Hände, die solche Waffen produzierten. Deutsche Ingenieure und Techniker arbeiten im Augenblick auf diesem Gebiet in Rußland.

Aber trotz gewisser Vorrangstellungen, die die Sowjet-Union gegenüber den führenden Staaten des Westens in seiner militärischen Macht ohne Zweifel innehat, gibt es manche Lücken in seiner „Kriegsmaschinerie“, die gegen eine aggressive Absicht sprechen. Die Transportwege z. B. von den fernen Industriegebieten des Urals und von Moskau nach der europäischen Grenze des Landes sind in schlechtem, ungenügendem Zustand. Wie die Geheimagenten der Westmächte betonen, werden auch die für einen Angriffskrieg gegen den Westen so bedeutsamen Straßenverbindungen nirgends ausgebaut. Man hat den Eindruck, als ob Rußland diese Verbindungswege absichtlich unberücksichtigt lasse, um jedem Angreifer aus dem Westen den Eintritt in das Land zu erschweren.

Die amerikanische Zeitschrift „US-News“ schreibt am Schluß ihrer Betrachtung, daß — auf Grund dieser vorliegenden Informationen — der Frieden im Augenblick gesicherter scheine als in den vergangenen Jahren seit dem Ende des letzten Weltkrieges. Und nicht zuletzt deshalb, weil die Vereinigten Staaten und Westeuropa immer noch ein schlagkräftigeres Rüstungspotential aufweisen als die Sowjet-Union. br-r

VON GESTERN AUF HEUTE

Samstag, den 10. September

Es ist vielleicht wenig bekannt, daß heute in der „kleinen Weltpolitik“ ein Ultimatum abläuft: der sizilianische Räuberhauptmann Guigliano, in letzter Zeit von den gegen ihn aufbehaltenen Polizeitruppen hart bedrängt, hatte deren Obersten Luca mitgeteilt, er werde bis Samstag eine neue Gewaltaktion durchführen. Und da Guigliano bisher stets Wert darauf legte, sein Wort zu halten, ist man in Sizilien davon überzeugt, daß auch diesmal irgend etwas geschehen wird. (Wir werden unsere Leser pünktlich davon unterrichten.)

Gegen Guigliano wurden bisher mehr als achtzig Haftbefehle erlassen. Da er aber offenbar nicht mehr ganz so siegesicher ist wie früher, sollen, wie gemeldet wird, seine Anwälte jetzt Tag und Nacht damit beschäftigt sein, Alibis und Entlastungsmaterial für ihn zu sammeln. Daneben ist sein „Machtapparat“ aber noch in vollem Betrieb. Guigliano verfügt neben seinen „Truppen“ über ein eigenes Presse- und Propaganda-Büro, das den Verkehr mit den Zeitungen durchzuführen hat, denen es je nach Bedarf Proklamationen, Drohungen oder Berichtigungen zugehen läßt. Daneben hat der edle Räuber auch eine Art von Finanz-Ministerium, das die Tribute der Opfer, die auch „Gönner“ genannt werden, festsetzt.

Also ein wohlverdächtigtes Gemeinwesen nach dem Vorbild einer Raubritterburg im Mittelalter. Und da sagt man noch, unser Kontingent sei alt und unromantisch geworden! Schon ahnt man die Vorbereitungen Hollywoods, um einen Film aus dem „wilden Europa“ zu drehen. Das Aufnahme-Gelände ist allerdings vorerst noch etwas gefährlich! S.

Flüchtlingsvertreter bei US-Kommission

v.W. Frankfurt. Eine Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses empfing in Frankfurt Vertreter der deutschen Flüchtlingsorganisationen zu einer Aussprache. Die amerikanischen Vertreter befinden sich auf einer Reise durch Westdeutschland, um das Flüchtlingsproblem an Ort und Stelle zu studieren. Wie ein deutscher Sprecher nach der Zusammenkunft erklärte, kann mit einer Unterstützung für die Lösung dieser Frage gerechnet werden.

Russel Jones zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

H.H. Ludwigsburg. In der amerikanischen Juristenrunde lautet das Urteil folgendermaßen: „Russel Jones wird verurteilt zu unehrenhaftem Ausschuß aus der Armee, er verliert alle ihm nach dem Tag des Urteils noch zustehenden Bezüge. Er ist in einem noch zu bestimmenden Ort bei schwerer Arbeit für den Rest seines natürlichen Lebens zu inhaftieren. Jones wurde der unredlichen Aneignung eines MP-Jeep für schuldbefunden, ferner des Raubes eines Karabiners, der versuchten Mord, der Trunkenheit und des dreifachen Mordes.“

Vor Beginn der Urteilsverkündung hatte sich das Gericht nochmals zu einer 1½stündigen Beratung zurückgezogen, während der sich über hundert Gäste in stemloser Spannung in den schmalen Gängen des Ludwigsburger GdF-Hauses drängten. Während der Urteilsverlesung stand Jones vor dem Richterisch mit einer Hand an einen MP-Mann gefesselt, ohne irgendwelche Spuren von Erregtheit zu zeigen. Als das Urteil, das — wie es in der amerikanischen Armee üblich ist — ohne Angabe von Begründungen verlesen war, ließ sich Jones ruhig an einen zweiten MP-Mann fesseln und abführen. Er wird zunächst in ein Militärgefängnis in Ludwigsburg gebracht. Das Urteil selbst muß noch durch das Heidelberger Hauptquartier und durch das Kriegsministerium in Washington bestätigt werden. Eine Berufung wird deshalb nicht eingelegt.

Der Urteilsverkündung gingen am Donnerstag die Plädoyers der Verteidigung und der Anklagevertretung voraus. Jones habe sich bewußt, so betonte der Ankläger, am Vorabend der Tatnacht Mut angetrunken, weil er sich wegen einer gegen ihn verhängten Disziplinarstrafe rächen wollte. Als er bei einem Streit mit einem Kameraden niedergeschlagen wurde, sei seine Erregung noch mehr gewachsen, wie seine nach dieser Auseinandersetzung geäußerte Drohung „Ich werde Dich umlegen“ eindeutig beweise. Der Angeklagte habe dann versucht, sich ein Gewehr zu beschaffen und, als ihm in der Waffenkammer keins ausgehändigt worden sei, einen Jeep gestohlen, mit dem er zur Tankstelle beim Pragwirthaus fuhr, wo dann die Mordtaten dieser Nacht ihren Anfang nahmen. Abschließend rief der Ankläger den Richtern zu: „Geben Sie ihm, was er Alois Miltenberger, Ruth Senn und Fritz Nehring gegeben hat! Geben Sie ihm den Tod!“

Die Verteidigung hob hervor, daß der Angeklagte nicht gewußt habe, was er tat. Mit beschwörenden Gesten wies der Verteidiger auf den Fall Friedel Pösterer in Merzenheim und auf die Taten des Autobanditen Wilfried Hehn hin, die beide trotz erwiesener Morde an amerikanischen Soldaten nicht zum Tode verurteilt worden seien. Immer wieder zitierte das Plädoyer der Verteidigung die Gutachten der Sachverständigen und legte dem Gericht nahe, falls es diese Aussagen der medizinischen Fachleute nicht verwerten könne, doch zumindest die Tatsache der Trunkenheit als minderes Umstand zu berücksichtigen.

In seinem Schlußwort zitierte daraufhin der Ankläger das amerikanische Strafrecht, in dem eindeutig festgelegt sei, daß ein Augenblick der Überlegung genüge, um ein Verbrechen im Sinne des Gesetzes als vorsätzlich zu bezeichnen. Das schriftliche Geständnis des Angeklagten jedoch beweise, daß er zur fraglichen Zeit sehr klar haben denken könne. Der Ankläger schloß mit der Aufforderung an die Richter, bei der Urteilsfindung zu bedenken, daß die amerikanische Armee ihre besonderen Gesetze und eine feste moralische Anschauung habe, die es nun in der Praxis zu demonstrieren gelte.